

VERTRAULICHH. 230 Oester  
Vg Za

Notiz über das DREIERTREFFEN der Wirtschaftsminister Oesterreichs, der Bundesrepublik und der Schweiz in Salzburg vom 2. und 3. August 1978

---

Auf Einladung des oesterreichischen Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie, Staribacher, fand das diesjährige Dreiertreffen im Hotel Schloss Klessheim im üblichen informellen Rahmen statt.

Es nahmen daran teil:

- Bundesminister Staribacher (Sta), Oesterreich (Vorsitz)  
begleitet von Herrn Haffner, Kabinettschef
- Bundesminister Graf Lambsdorff (LA), BRD  
begleitet von Herrn Morawitz (Mo), Ministerialdirigent
- Bundesrat Honegger (HO)  
begleitet von Herrn Sommaruga

#### 1. Wirtschaftspolitischer Tour d'horizon

Sta eröffnet die Diskussion mit einer kurzen Darlegung der wirtschaftlichen Situation Oesterreichs. Die Lage bleibt unsicher; trotz einer Verbesserung sind die Zahlungsbilanzprobleme nicht gelöst. Innenpolitisch werden die Budgetdiskussion, verbunden mit der Frage einer Senkung der (direkten) Steuern sowie Lohnverhandlungen im Herbst eine grosse Rolle spielen. Das Paket sollte im Januar 1979 bereit sein. Ein Unsicherheitsfaktor bildet in diesem Zusammenhang die rein politische Auseinandersetzung, die bereits im Zeichen der im Herbst 1979 stattfindenden Parlamentswahlen stehen wird.

Sta weist auf die schlechte Lage der oesterreichischen Handelsbilanz hin und appelliert an die BRD und die Schweiz, Hand zu bieten, um die Situation für die oesterreichischen Exporte zu



verbessern ("Wir haben allerdings einen Fehler gemacht, indem wir in den letzten Jahren den schweizerischen Markt nicht genügend bearbeitet haben.") Die Kompensation durch andere Posten der Leistungsbilanz wie Tourismus ist ungenügend. Obwohl 80 % der ausländischen Touristen in Oesterreich aus der BRD kommen und sich dadurch wohl ein gewisser Ausgleich zum Warenverkehr ergibt, sinkt die Zahl der Touristen im allgemeinen und jene der Gäste aus Deutschland im besonderen, die Jugoslawien vorzuziehen beginnen und ohnehin in Oesterreich immer weniger ausgeben.

HO skizziert die Situation der schweizerischen Wirtschaft und erläutert vorab die Sorge der schweizerischen Regierung und der Wirtschaft über den Kurs des Schweizerfrankens. Die Schweiz sei an allen internationalen Bemühungen zur Erreichung einer grösseren Stabilität der Wechselkurse interessiert. Mit Bezug auf das Defizit der oesterreichischen Handelsbilanz gegenüber der Schweiz zeigt HO Verständnis für die oesterreichischen Sorgen, weist aber auf die Offenheit des schweizerischen Marktes ganz allgemein sowie auf den Wettbewerbsvorteil hin, der dem oesterreichischen Produzenten im Vergleich zum schweizerischen Hersteller aus der Kursrelation Franken - Schilling erwächst. Er freut sich über die Teilnahme Oesterreichs am diesjährigen Comptoir in Lausanne, die der oesterreichischen Industrie Gelegenheit bieten sollte, erneut und verstärkt in der Schweiz Fuss zu fassen.

Auf die Frage des bilateralen Handelsdefizits mit der Bundesrepublik antwortet LA, dass die BRD insbesondere für Freihandelsländer ein offener Markt sei; ("die Handelsbilanzen wollen wir nicht bilateral betrachten: Kompensationen erfolgen multilateral und in vielen andern Posten der Zahlungsbilanz.") Für das oesterreichische Problem zeigte die BRD in der Vergangenheit immer wieder Verständnis und sie intervenierte auch mehrmals in Brüssel; sie wird dies auch in Zukunft tun.



LA weist sodann auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der BRD im 1. Quartal 1978 hin, wo ein langer Winter, verschiedene Streiks und die Unruhe um den Dollar zu einer Stagnation im wirtschaftlichen Wachstum geführt haben. Im 2. Quartal war die Lage besser, es ist aber zweifelhaft, ob die angestrebte Jahreszuwachsrate des BSP von 3,5 % Ende 1978 erreicht werden kann. Die soeben getroffenen, neuen wirtschaftspolitischen Massnahmen werden sich jedenfalls 1978 nicht mehr auswirken. Die Arbeitslosenrate von 4,3 % bleibt hoch; als Konsequenz werden keine weiteren ausländischen Arbeitskräfte zugelassen (ausgenommen sind Familienzusammenführungen), obwohl dies innerhalb der EWG wegen der vertraglich garantierten Freizügigkeit Auseinandersetzungen verursacht. Ein Abbau des Ausländerbestandes ist nicht vorgesehen, er wäre weder wirtschaftlich noch politisch tragbar.

Trotz eines leichten Anstieges der Teuerungsrate in den Monaten Juni/Juli bleibt der jährliche Inflationssatz auf 2,4 %. Für 1978 wird ein Satz unter 3 % prognostiziert. Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt (sie sind in der Bauindustrie, wo 400'000 Arbeitsplätze verloren gingen, besonders gross) können vorläufig nicht gelöst werden. In Uebereinstimmung mit dem letzten IWF-Bericht widersetzt sich die Bundesregierung einem massiven Konjunkturförderungs-Programm ("Wir können und wollen keine Konjunkturstützungsmassnahmen für die Bauindustrie ergreifen.") Der Auftragsbestand dieser Branche sei an sich nicht so schlecht und die Realisierung eines Programms würde sich in die Länge ziehen. Das Maximum dessen, was die Bundesregierung machen könnte, habe sie am Bonner Gipfel angekündigt. Das sei ihr Beitrag an die konzertierte Aktion.



## 2. Bonner Gipfel

Ueber die Resultate des Weltwirtschaftsgipfels äussert sich LA positiv. ("Wir waren zum Erfolg verurteilt.") Wenn es zu einem Misserfolg gekommen wäre, hätte dies für das Investitionsklima verheerende Konsequenzen gehabt. Dies bedeutet andererseits nicht, dass damit alle Probleme gelöst worden seien! Die von der BRD am Gipfeltreffen abgegebenen Zusicherungen zur Erhöhung des BSP seien nun in die bekannten, konkreten Vorschläge an das Parlament umgewandelt worden. Es ist zu erwarten, dass der Bundestag dem Kern der Regierungsvorschläge zustimmen wird. 1979/80 sollten die Massnahmen dann Folgen in der vorgesehenen Grössenordnung zeitigen. Die Frage der Senkung der direkten Steuern könnte allerdings eine gewisse Verzögerung erfahren. Mit einem Budgetdefizit von 60 Milliarden DM sei die Grenze des Tragbaren erreicht worden. Die Bundesbank habe ihre Zustimmung nur sehr zögernd gegeben. Gewisser Anstrengungen seitens der Bundesregierung bedürfe es noch, um die Emissionspolitik der Bundesbank in Ordnung zu bringen.

## 3. Bremer Gipfel

Auch vom Ergebnis des Bremer Gipfels von Anfang Juli ist die Bundesregierung befriedigt. Das Tandem Giscard - Schmidt hat sehr gut gespielt. Die Absichten der beiden Politiker sind darauf ausgerichtet, mit Hilfe fester Wechselkurse eine Stärkung der Gemeinschaft sowohl in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht zu erreichen und zugleich einen stabilisierenden Effekt auf den Dollar auszuüben. Allerdings teilen weder LA noch der französische Minister Monory den Optimismus ihrer beiden Chefs. LA sieht zwei Gefahren: in einer europäischen Währungsorganisation, wie sie nun vorgesehen sei, würde die Liquiditätsvermehrung beschleunigt, was erhöhte Inflation bedeuten könne; ferner sei der Transfer von Währungs-Reserven (was die BRD akzeptiere) nur dann zweckmässig, wenn diese Reserven sinnvoll eingesetzt würden, d.h. wenn sie zu stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitiken führten. Besonders prob-



lematisch würde dies in der gegenwärtigen Situation im Falle Frankreichs sein, wo als Folge der Preispolitik von Premierminister Barre (die von der BRD begrüsst wird) mit einer Inflationsrate von über 10 % zu rechnen ist.

Die Reaktion der USA zum europäischen Währungsplan von Bremen, wie sie Präsident Carter in Bonn zum Ausdruck gebracht habe, sei mehr als zurückhaltend ausgefallen. Washington habe den europäischen Währungsplan nicht begrüsst! Die amerikanischen Vorbehalte scheinen sich in den letzten Tagen sogar zu verstärken (vor allem im Treasury Department und im Staatsdepartement).

#### 4. Europäische Gemeinschaften

Die BRD habe nun das Präsidium der EG übernommen. Ihre Zielsetzungen für die zweite Hälfte 1978 seien die folgenden:

a) die Erweiterung der Gemeinschaft voranzutreiben;

vorerst die Verhandlungen mit Griechenland abschliessen; dieser Beitritt werde vor demjenigen der andern Kandidaten erfolgen, die Verhandlungen gestalteten sich aber immer noch schwierig.

Auch bei Spanien und Portugal sei zu erwarten, dass die Agrarverhandlungen besonders hart und kompliziert würden; der Widerstand komme (wie bei den Agrarverhandlungen der Tokio-Runde) von Italien und Frankreich.

b) die Verhandlungen für das Lomé II - Abkommen voranzutreiben;

Auch hier bestünden grosse Schwierigkeiten, und zwar einerseits wegen den massiven Forderungen der Entwicklungsländer, und andererseits wegen der Tendenz gewisser EG-Staaten, ausschliesslich die alten Wirtschaftsbindungen mit einer Auswahl von Entwicklungsländern zu festigen (eine gewisse Zurückhaltung sei z.B. bedauerlicherweise gegenüber Namibia festzustellen).

c) EG-Energiepolitik;

Man mache sich keine grossen Illusionen: Fortschritte seien sehr schwierig wegen den grossen Gegensätzen innerhalb der Gemeinschaft.

d) Die GATT-Tokio-Runde erfolgreich zum Abschluss zu bringen; (siehe dazu Pkt. 5).



An diese Ausführungen von LA schliesst sich eine offene Diskussion über die Handelspolitik der EG an.

Sta wirft die Frage der Erhöhung des Papierkontingents auf, für die sich die BRD in Brüssel - leider ohne Erfolg - eingesetzt hat. Die Kompetenz liegt bei der Kommission, welche auch in diesem Bereich von Frankreich und Italien gebremst wird, obwohl EFTA-Papierexporte nach der BRD, Grossbritannien und Dänemark gehen. Von schweizerischer Seite wird bei dieser Gelegenheit die Frage der dänischen Papierkontingente aufgeworfen.

HO zeigt sich besorgt über die Situation im Stahlbereich. Die interne Durchsetzung der Mindestpreise in der EGKS funktioniert nicht, was die schweizerischen Exporte nach der BRD stark beeinträchtigt. LA antwortet, dass die BRD den Ideen Davignon's zur Sanierung des europäischen Stahlmarktes nie besonders positiv gegenüber gestanden hätte. Wenn ihrer Verwirklichung von BRD-Seite schliesslich zugestimmt worden sei, dann wegen der französischen Drohung, autonome Massnahmen zu ergreifen. Die Bundesregierung und insbesondere Lambsdorff persönlich seien bei Kommissar Davignon immer wieder energisch vorstellig geworden, um die Einhaltung der Mindestpreise von den Bresciani zu erwirken. Das Problem bleibt weiterhin bestehen: Ordnungsbussen genügen nicht, um die freien italienischen Produzenten bei der Stange zu halten. LA wünscht, dass die Schweiz in Brüssel immer wieder und an höchster Stelle vorstellig wird.

Sta erwähnt eine neue Entwicklung, die Oesterreich in den letzten Monaten spürt und die höchst wahrscheinlich zur Einführung von drastischen Massnahmen gegenüber Italien führen wird: es handelt sich um sehr billige Exporte von Baustahlgittern der Bresciani, welche nicht unter die traditionellen Positionen des Betonstahls fallen. Nach Ansicht der deutschen Delegation bleibt die Situation sehr unsicher und die Erneuerung des Systems am Ende des Jahres könnte durch die Franzosen in Frage gestellt werden, da sie voraussichtlich autonome Massnahmen gegen Italien ergreifen werden.



HO erkundigt sich nach der Situation in der Kunstfaserindustrie.  
LA bestätigt, dass das Krisenkartell als Folge der Ablehnung  
durch die Kommission (deren Entscheid einstimmig fiel, auch  
Davignon stimmte dagegen) endgültig "gestorben" sei. Nach deut-  
schem Kartellrecht wäre dieses Krisenkartell ohnehin nicht zu-  
lässig gewesen; dies sei auch der Grund, weshalb die Industrie  
mit der Hoffnung auf Unterstützung durch Davignon unverzüglich  
in Brüssel vorgesprochen habe. Der Erfolg sei nun aber ausge-  
blieben. Die Kommission wird nun mit jenen verhandeln müssen,  
die das Problem verursachten, d.h. mit den Italienern, die schon  
heute zu grosse Kapazitäten haben und diese noch weiter ausbauen  
wollen. Die BRD verlangt eine Vereinbarung, welche innerhalb  
einer bestimmten Frist einen realen Kapazitätsabbau garantiert.

Die schweizerische Delegation benützt die Gelegenheit, um auf  
die Unvereinbarkeit zwischen den sich mehrenden Ueberwachungs-  
massnahmen (vorab im Textilbereich) und dem Geist der Freihandels-  
verträge hinzuweisen. Mo bestätigt, dass solche Massnahmen als  
Massnahmen gleicher Wirkung wie mengenmässige Beschränkungen  
zu betrachten sind, und dass mit allen Mitteln dagegen anzu-  
kämpfen sei. In diesem Zusammenhang wird schweizerischerseits  
auch die französische parafiskalische Abgabe auf Uhren erwähnt,  
was LA zur Feststellung veranlasst, dass die Schweiz und die  
BRD hier eng zusammenarbeiten müssten, da sich die Probleme trotz  
unterschiedlicher vertraglicher Grundlage für beide Länder gleich  
stellten.



## 5. Tokio-Runde

Die BRD ist unglücklich über die EG-Position in der Tokio-Runde. Weder in Bremen noch in Bonn seien in diesem Bereich Fortschritte erzielt worden. LA unterstützt die amerikanische Forderung im Landwirtschaftsbereich ("die EG muss mehr Agrarprodukte importieren") sowie im Bereich der staatlichen Beihilfen ("eine klare und einschränkende Definition ist notwendig"). Countervailing duties sollten nur dann zur Anwendung gelangen, wenn ein Schaden festgestellt worden ist. Auch in der Frage der selektiven Anwendung der Schutzklauseln befindet sich die BRD auf der Linie der Amerikaner (LA weiss in diesem Zusammenhang die von der Schweiz in Genf eingenommene Haltung sehr zu schätzen!). Diesbezüglich ist LA im übrigen optimistisch, da die Engländer sehr isoliert sind. Die Kommission liegt jetzt ebenfalls auf der Linie der BRD ("ein Glücksfall, dass die Verhandlungsführung in den Händen des ausgezeichneten Sir Roy Denman liegt"). Die Gemeinschaft wird ihre Position in der Frage der Selektivität auch der Haltung der Entwicklungsländer annähern müssen, die bekanntlich in dieser Angelegenheit mit Recht sehr zurückhaltend sind.

Von den Japanern fordert LA grössere Zollkonzessionen. Eine vermehrte Oeffnung des japanischen Marktes sei vernünftiger als Selbstbeschränkungsmaßnahmen beim Export. Erfreulich sei, dass sich die Beziehungen zwischen der EG und Japan verbessert hätten. Europa nehme aber für die Japaner immer noch lediglich den zweiten Platz hinter den USA ein, welche im Zentrum der japanischen Aufmerksamkeit stünden. Fukuda habe sich am Bonner Gipfel kooperativ gezeigt.

## 6. Verhältnis BRD-USA

Auf eine Frage von HO antwortet LA, dass das deutsch-amerikanische Verhältnis heute viel besser sei als noch vor einem Monat. Der erfolgreiche Staatsbesuch von Präsident Carter in der BRD von Mitte Juli habe wesentlich dazu beigetragen. Der Wechsel von der Administration Ford zu jener Carter's habe tatsächlich vorerst



eine Verschlechterung der Beziehungen zur Folge gehabt. Diese Schwierigkeiten seien jetzt ausgeräumt! LA schliesst einige persönliche Bemerkungen zum deutsch-amerikanischen Verhältnis an und weist darauf hin, dass die BRD bis zum Ende der Präsidentschaft Ford grosses Glück gehabt hätte: Sehr viele amerikanische Politiker und Beamte hätten Deutschland sehr gut gekannt (nicht nur Kissinger), da sie nach dem Krieg in der BRD gearbeitet hätten. Diese Politiker- und Beamtengeneration sei nun am Verschwinden. Auch die Zahl der in den dreissiger Jahren aus Deutschland vertriebenen Juden, die sich in den USA niedergelassen hätten und trotz Kritik an der deutschen Politik immer Freunde der BRD geblieben seien, nehme ab; ihren Kindern fehle die emotionale Bindung an Deutschland. Aus diesem Grund würden die deutsch-amerikanischen Beziehungen zunehmend rationaler und sachlicher; ("sie sind aber gut und belastungsfähig!"). Auch in der Wirtschaftspolitik besteht jetzt ein Vertrauensverhältnis: Blumenthal hat sich am Bonner Gipfel wie auch anlässlich der OECD-Ministerkonferenz in Paris sehr kooperativ gezeigt.

#### 7. Verhältnis OECD-Wirtschaftsgipfel

In Beantwortung einer weiteren Frage von HO bestätigt LA, dass die OECD-Ministerkonferenz vom Juni 1978 (die eine gute Konferenz gewesen sei) einen wesentlichen Beitrag zur Vorbereitung des Bonner Wirtschaftsgipfels geleistet habe. Wenn das Ergebnis auch als positiv und "in der Linie liegend" bezeichnet werden dürfe, bleibe das Verfahren doch problematisch. Konzessionen müssten immer für das letzte, wichtigste Treffen aufgespart werden. Dieses Problem stelle sich auch im Verhältnis zwischen Bonner und Bremer Gipfel. Die BRD bleibt gegenüber der allmählichen Institutionalisierung der Gipfeltreffen skeptisch. ("Sie sind eine gute Sache, wenn ihnen Erfolg beschieden ist und wenn wirklich eine Notwendigkeit zu einem Treffen besteht.")

#### 8. Energiepolitik

Sta, der als Energieminister sichtlich beunruhigt ist über das bevorstehende Referendum über die Zulassung des ersten Kernkraft-



- 10 -

werks in Oesterreich, bestätigt die Absicht seiner Regierung, die Produktion im Bereich der Kernenergie und der Kohle zu forcieren. Oesterreich sei jetzt zu 66 % vom Ausland abhängig; längerfristige Verträge bestünden mit der UdSSR für Oel, Gas und angereichertes Uran und neuerdings mit Ungarn für Braunkohle.

LA stellt fest, dass in der Energiefrage zwischen dem OECD-Ministertreffen, dem Europäischen Rat (Bremen) und dem Bonner Gipfel keine Meinungsunterschiede bestünden. Nach einer vernünftigen Ausbeutung der Kohlevorräte wird auch die BRD vermehrt auf Kernenergie ausweichen müssen. Der Förderung der Kohleproduktion sind bereits heute Grenzen gesetzt: Zur Zeit belaufen sich die Kosten, die der BRD aus 1 Tonne Kohle erwachsen auf 140 DM an reinen Förderkosten und 60 DM an Subventionen; weiter will und kann die Bundesregierung nicht gehen.

Die von Präsident Carter und Premierminister Trudeau in Bonn abgegebenen Zusicherungen für Lieferungen von Kernbrennstoff fielen positiver aus als erwartet. LA hat von Schlesinger erfahren, dass sich die Gipfelversprechen in den USA auch durchsetzen lassen werden.

#### 9. Schwerverkehrsabgabe

Sta orientiert über die Einführung der Schwerverkehrsabgabe in Oesterreich. Mo gibt zu bedenken, dass es die BRD, obwohl der Satz auf EWG-Vorstellungen reduziert wurde, gerne gesehen hätte, wenn Oesterreich eine europäische Regelung angestrebt, d.h. auf eine solche Abgabe verzichtet hätte! In der anschliessenden kurzen Diskussion legt HO die interne Problematik in der Schweiz dar. Dass die Diskussion auf europäischer Ebene weitergeführt werden soll, ist unbestritten; das geeignetste Forum scheint wohl die Europäische Wirtschaftskommission der UNO in Genf zu sein, in der die osteuropäischen Staaten ebenfalls vertreten sind. Gerade diese Länder sind im Strassentransport sehr aktiv und verursachen durch ihre Dumpingpreise grosse Probleme.



10. Nächstes Dreiertreffen

HO hat seine Kollegen für das nächste Dreiertreffen der Wirtschaftsminister in die Schweiz eingeladen, was gerne akzeptiert wurde. Als Termin ist die zweite Juli-Hälfte 1979 in Aussicht genommen worden; das genaue Datum soll anfangs 1979 festgelegt werden.

*Summary*

*lesenswert!*

Verteiler:

Bundesrat Honegger (3)  
Generalsekretariat EVD

Politische Abteilung I EPD  
Finanz- und Wirtschaftsdienst EPD

Schweizerische Botschaft, Bonn  
Schweizerische Botschaft, Wien  
Schweizerische Mission bei den EG, Brüssel  
Schweizerische Delegation bei der EFTA und beim GATT, Genf  
Schweizerische Delegation bei der OECD, Paris

HH. J, Rb, Ja, D, Bt, Mo, Hf, vT, Ly, B, Ro, Lu, Gi,  
Lug, Eb, Bl (10), So